

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31/80

Berlin

31. Juli 1980

47. Jahrgang

Gute Wachstumsbedingungen im ersten Halbjahr

Die wirtschaftliche Lage der DDR zur Jahresmitte 1980

Für das letzte Jahr des Fünfjahrplans 1976 bis 1980 hatte die Wirtschaftsführung der DDR einen Zuwachs von knapp 5 vH beim produzierten Nationaleinkommen und bei der Industrieproduktion geplant; der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend langsam abnehmender Zuwachsraten sollte damit gestoppt werden. Im ersten Halbjahr waren die Voraussetzungen günstig. Die Produktion konnte sich – im Gegensatz zum 1. Halbjahr 1979 – in allen Bereichen ohne witterungsbedingte Einschränkungen entfalten. Die im Halbjahrsbericht gemeldete Erfüllung und Übererfüllung überrascht somit nicht.

Der Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik¹ zeigt für das erste Halbjahr 1980 folgendes Bild (Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH):

	Ist 1. Halbjahr		Jahresplan
	1979	1980	1980
Produziertes Nationaleinkommen	¹⁾ 2	5	4,8
Industrielle Warenproduktion	²⁾ 3,2	5,9	4,7
Einzelhandelsumsatz	1	5,7	4,0
Investitionen	0,7	– 2	0

¹⁾ Geschätzt. – ²⁾ Kalendermonatlich. Veröffentlicht wurde eine arbeitstäglich bereinigte Zuwachsrate von 4,4 vH.

Die positive Bilanz wird allerdings relativiert, wenn man den Produktionsverlauf des Vorjahres mit in die Rechnung einbezieht. Das extreme Winterwetter zu Jahresbeginn 1979 hatte zu erheblichen Ausfällen im Transportsystem, in der Energieversorgung und – dadurch verursacht – auch in der gesamten Produktion geführt. Im zweiten Quartal hatte sich die Entwicklung beschleunigt, und im Laufe des Jahres wurde ein Teil des Ausfalls wieder wettgemacht. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse des

ersten Halbjahres weniger ungewöhnlich, als der Vergleich mit den Jahreszuwachsraten zunächst vermuten läßt. Diese Feststellung gilt in erster Linie für die stark witterungsabhängigen Bereiche Transport und Bauwesen, sie gilt aber auch für die Industrie.

Industrie

Für die Industrie gibt der Planerfüllungsbericht eine Steigerung der Warenproduktion von 5,9 vH im ersten Halbjahr an. Diese Zuwachsrate ist um rund 1 bis 2 Prozentpunkte überhöht, da im Vorjahr ein entsprechender Produktionsausfall hatte hingenommen werden müssen. Im zweiten Halbjahr 1980 wird es wegen des leicht überhöhten Produktionsniveaus des 2. Halbjahres 1979 mit Sicherheit eine niedrigere Zuwachsrate geben. Zur Erfüllung des Jahresplanes (+ 4,7 vH) reicht allerdings auch schon eine Zunahme von wenig mehr als 4 vH.

Die leichte Stabilisierung im Produktionswachstum ist vermutlich eine Folge verbesserter Produktionsorganisation im Zuge der Kombinatbildung. Diese

¹ Neues Deutschland vom 12./13. Juli 1980.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Veränderung gegenüber dem Vorjahr bzw. der Vorjahrszeit in vH

	1978		1979		1980	
	1. Halbj.	Jahr	1. Halbj.	Jahr ⁸⁾	1. Halbj. ⁸⁾	Jahr
	Ist					Plan
Produziertes Nationaleinkommen	5	3,8	9) ²⁾	4	> 5	4,8
<u>Industrie</u> Industrielle Warenproduktion	5,2	5,0	10) ^{3,2}	4,8	5,9	4,7
<u>Bereich der Industrieministerien</u>						
Industrielle Warenproduktion	5,4	5,4	10) ^{3,6}	5,3	6,1	5,4
Arbeitsproduktivität	5,1	4,6	10) ^{3,2}	4,4	11) ^{5,7}	4,5
<u>Produktion des Bauwesens</u>	4,8	4,4	9) ⁻²	9) ²	3,7	12) ^{5,3}
dar.: Baumaterialienproduktion ¹⁾	5,2	5,6	1,2	3,1	4,6	.
<u>Bauwirtschaft</u> Fertigestellte Wohnungen, insgesamt	76,6	167,8	74,1	162,7	77,8	163,0
davon: im Neubau	48,9	111,9	52,0	117,4	54,4	116,1
dar.: Eigenheime	6,1	11,9	6,4	12,6	6,8	10,7
durch Modernisierung	27,7	55,9	22,1	45,3	23,4	46,9
			Anzahl in 1000			
<u>Landwirtschaft</u> Tierische Marktproduktion ²⁾	2,5	2,9	9) ^{0,4}	0	9) ^{2,7}	0
Viehbestand ³⁾	1,5	0,2	9) ^{0,7}	9) ^{1,0}	9) ^{2,1}	.
Brutto-Bodenproduktion ⁴⁾		-1,1	.	9) ^{-2,8}	.	.
<u>Verkehr</u> Gütertransportmenge	3,5	2,8	9) ⁻⁴	13) ^{2,2}	7,0	5,0
dar.: Eisenbahn	0,6	0,4	9) ^{-2,7}	13) ^{2,5}	6,3	.
<u>Post- u. Fernmeldewesen</u> Gesamtleistung	7,5	5,9	4,9	3,3	2,3	2,5
<u>Binnenhandel</u> Einzelhandelsumsatz, gesamt ⁵⁾	3,4	3,4	1	3,2	5,7	4,0
davon: Nahrungs- u. Genußmittel	3,5	3,4	3	2,7	2,4	3,4
Industriewaren	2,9	3,4	0	3,7	9,3	4,7
<u>Außenhandel</u> Umsatz, gesamt ⁶⁾	.	5,6	.	12,3	.	12,0
davon: Einfuhr	.	1,7	.	11,3	.	.
Ausfuhr	10	10,3	7	13,5	16	.
<u>Investitionen</u> gesamt ⁷⁾	14) ^{3,3}	2,9	0,7	2,4	9) ⁻²	16) ^{0,0}
dar.: Industrieministerien	7	15) ^{6,4}	.	4	9	16) ^{2,4}
<u>Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung</u>	3,5	3,5	3	2,8	3	4,0

1) Einschließlich Produktion von Vorfertigungserzeugnissen.- 2) Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch und Eiern; bewertet in Getreide-Einheiten (GE).- 3) Viehbestand am 20. 5. bzw. 20. 11.; bewertet in Großvieh-Einheiten.- 4) Gesamtheit der pflanzlichen Erzeugung; bewertet in GE.- 5) Zu laufenden Preisen.- 6) Einschließlich innerdeutscher Handel; zu laufenden Preisen.- 7) Ohne Generalreparaturen; einschließlich Investitionsbeteiligungen im Ausland; zu Preisen von 1975.- 8) Vorläufige Angaben.- 9) Geschätzt.- 10) Kalendermonatlich, d.h. bei den im Planerfüllungsbericht genannten Daten wurde die arbeitstägliche Bereinigung rückgängig gemacht.- 11) In der Industrie.- 12) Bauproduktion des Ministeriums für Bauwesen.- 13) Gütertransportleistung, d.h. transportierte Gütermenge bezogen auf die dabei zurückgelegte Streckenlänge.- 14) Ohne Auslandsbeteiligungen.- 15) In der Industrie.- 16) Materielle Investitionen.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1979; Statistische Praxis; Volkswirtschaftsplan 1980 (GB1. der DDR. Teil I/1979. Nr. 45); Mitteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung der Volkswirtschaftspläne in den ersten Halbjahren (Neues Deutschland vom 15./16. 7. 1978, 14./15. 7. 1979, 12./13. 7. 1980) sowie des Jahres 1979 (Neues Deutschland vom 17. 1. 1980); Biuletyn Statystyczny. Nr. 4/1980 sowie Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Veränderung der Wirtschaftsorganisation war im wesentlichen 1979 abgeschlossen. Im März 1980 fand ein großer Erfahrungsaustausch des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate statt; die Berichterstattung über diese Tagung war aber außerordentlich unergiebig. Im wesentlichen wurde nur gemeldet, daß sich die Kombinate einhellig verpflichteten, im Jahr 1980 die Produktion über den Plan hinaus im Umfang von zwei Arbeitstagen zu erhöhen.

Veränderungen gab es dagegen bei der Leistungsmessung². Seit März 1980 gehören zu den grund-

legenden Kennziffern der Planung, Abrechnung und Leistungsbewertung neben der „industriellen Warenproduktion“ die „Nettoproduktion“ und die „Grundmaterialkosten je 100 M Warenproduktion“. Damit soll die Intensivierung der Produktion gefördert und der sparsame Verbrauch von Energie- und Rohstoffen stimuliert werden. Die bisher — und vermutlich auch in Zukunft — ausschlaggebende Kennziffer „industrielle Warenproduktion“ hat den unangenehmen Nebeneffekt, daß ein Plan mit höheren Materialaufwendungen und materialintensiven Vorleistun-

² Die Wirtschaft. Nr. 3/1980.

Planansätze der industriellen Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis '80

Bereich des Ministeriums für ...	Zuwachs 1980 gegenüber 1975 in vH ¹⁾		Volkswirtschaftspläne der Jahre ... ³⁾				
	gesamt	jährlich ²⁾	1976	1977	1978	1979	1980
			Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH				
Kohle und Energie	28,4	5,1	4,9	3,9	4,8	4,9	4,4
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	27,3	5,0	4,9	4,0	3,4	2,9	4,3
Chemische Industrie	44,5	7,6	7,4	6,2	6,7	5,8	5,7
Elektrotechnik, Elektronik	45,7	7,8	7,7	7,0	8,7	8,7	7,3
Schwermaschinen- und Anlagenbau	39,6	7,0	6,2	6,4	6,7	6,2	6,0
Werkzeug- und Verarbeitungs- maschinenbau	56,0	9,3	9,1	7,6	8,0	7,5	7,8
Allgemeiner Maschinen-, Land- maschinen- und Fahrzeugbau	42,0	7,3	6,6	7,2	6,7	7,9	7,1
Leichtindustrie	40,0	7,0	7,4	5,2	5,9	3,9	2,4
Glas- und Keramikindustrie	44,1	7,6	8,5	7,2	6,9	5,0	6,2
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	33,5	6,0	6,7	6,1	5,9	5,5	4,4
Industrieministerien, insgesamt ⁴⁾	37,9	6,6	6,7	6,0	6,2	5,8	5,4

1) Ansätze des Fünfjahrplans 1976 bis 1980 (GBI. der DDR, Teil I/1976, Nr. 46, S. 524).- 2) Errechneter durchschnittlicher jährlicher Zuwachs.- 3) GBI. der DDR, Teil I: 1975, Nr. 46, S. 740; 1976, Nr. 46, S. 533; 1977, Nr. 37, S. 415; 1978, Nr. 42, S. 458 und 1979, Nr. 45, S. 458.- 4) Einschließlich Ministerium für Geologie.

gen leichter zu erfüllen ist. Die Verbesserung der Leistungsbemessung wurde daher von Honecker geradezu als Kernproblem zur Verminderung des Vorleistungsaufwands bezeichnet („Was für die Volkswirtschaft von Nutzen ist, das muß auch für die Betriebe vorteilhaft sein“). Die neuen Kennziffern werden allerdings nur dann wirksam sein, wenn sie nicht in die große Mappe der betrieblichen Daten eingehaftet werden, sondern wenn ihre Erfüllung tatsächlich zum Kriterium für die Höhe der Zuführungen an die betrieblichen Fonds gemacht wird. Die bisherigen Berichte lassen offen, welchen Stellenwert sie bei der Leistungsbewertung eines Betriebes überhaupt haben sollen und welche Folgen bei Erfüllung oder Nichterfüllung eintreten.

In die gleiche Richtung der „Materialökonomie“ zielen die bisherigen Kennziffern zur Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen. Der Plan für 1980 hatte die Ziele des Fünfjahrplans übernommen und zum Teil (bei Walzstahl) erhöht: Der spezifische Energieverbrauch in der Industrie sollte um 5 vH gesenkt werden, der an Walzstahl in der metallverarbeitenden Industrie sogar um fast 7 vH. Der Planerfüllungsbericht meldet einen vollen Erfolg. Die Einsparungen waren sicherlich nicht zuletzt deshalb möglich, weil der spezifische Materialverbrauch in der DDR generell auch jetzt noch weit überhöht ist. Eine wichtige Rolle für den rationelleren Materialeinsatz hat vermutlich auch die Erhöhung der Betriebspreise für Energie und Rohstoffe gespielt. Zum 1. Januar 1980 sind in der DDR wieder neue Preissteigerungen für Energierohstoffe in Kraft getreten. Preiserhöhungen auf diesem Sektor sollen nunmehr regelmäßig in jährlichem Abstand durchgeführt werden³.

Vergleicht man die Planziele aus dem Fünfjahrplan mit den später folgenden Jahresplänen, so lassen sich einige Schlüsse über Veränderungen in den mittelfristigen Zielen⁴ der Industriepolitik ableiten. Es zeigt sich zunächst, daß die Jahrespläne keineswegs — wie eigentlich nach den Grundsätzen der Planungsordnung erstrebt — als „Scheiben“ des Fünfjahrplans übernommen werden konnten: Die ursprünglich geplanten Wachstumsziele sind generell etwas vermindert worden. Die Reduzierung war besonders auffällig in der Chemie, im Werkzeugmaschinenbau und in der Leichtindustrie. Die Rahmenrichtlinie zum laufenden Fünfjahrplan läßt realistischerweise auch Änderungsmöglichkeiten der „Jahresplanabschnitte“ des Fünfjahrplans zu: Voraussetzung sind grundlegende Veränderungen („veränderter Bedarf“, „neue Erfordernisse“) und erkennbare Über- oder Unterforderung der Kapazitäten („Berücksichtigung der erreichten Entwicklung der abgelaufenen Planjahre“).

Eine grundlegende Veränderung der mittelfristigen Ziele der Industriepolitik dürfte hinter den reduzierten Wachstumsraten in der chemischen Industrie stehen. Eine unverminderte Ausweitung der Mineralölverarbeitung ist angesichts der steigenden Erdölpreise für die DDR nicht mehr finanzierbar⁵; soweit

³ Vgl. die entsprechenden Anordnungen in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 18/1980, S. 165 sowie Nr. 19/1980, S. 185.

⁴ Im März 1979 hat die Zentralverwaltung für Statistik der DDR die monatliche Berichterstattung eingestellt. Kurzfristige Analysen nach Industriezweigen sind seitdem nicht mehr möglich.

⁵ „Heute wissen wir, daß bis 1990 für die Erdölverarbeitung nur unwesentlich mehr an Rohöl als heute zur Verfügung stehen wird.“ In: Die Wirtschaft, Nr. 7/1979, S. 19.

man versucht, Erdöl durch heimische Braunkohle zu ersetzen, gibt es erhebliche Umstellungsschwierigkeiten. Die vorsichtiger werdende Planung in diesem Industriezweig trägt mithin der Verteuerung des Erdöls Rechnung. Unter den im Planerfüllungsbericht besonders lobend erwähnten Kombinat (mit Produktionssteigerungen von 10 vH und mehr) befindet sich dementsprechend auch keiner der überwiegend auf Erdölbasis produzierenden Betriebe.

Eine ähnliche Veränderung in den Grundlinien der Industriepolitik dürfte auch in der Leichtindustrie (Textil, Bekleidung, Lederwaren) zur Reduzierung der ursprünglich geplanten Zuwachsraten geführt haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Materialbasis für diesen Bereich in Zukunft weit weniger wachsen kann⁶. Ausschlaggebend dafür dürfte insbesondere sein, daß der Export von Erzeugnissen der Leichtindustrie wegen des starken Konkurrenzdrucks der Entwicklungsländer in besonderem Maß gegen die immer wieder vorgetragene Forderung nach „Devisenrentabilität“ verstößt.

Die Reduzierung der Plandaten beim Anlagenbau und Werkzeugmaschinenbau dagegen kann man wohl eher auf zu geringe Produktionserfolge zurückführen. Im Einklang mit dem Fünfjahrplan stehen nach wie vor Plan und Ist beim Industriezweig Elektrotechnik, Elektronik und Gerätebau.

Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft wird im Planerfüllungsbericht ein normaler Verlauf konstatiert. Zwar wird die ungünstige Witterung erwähnt, gleichwohl aber darauf hingewiesen, daß die Erzeugung in der Tier- und Pflanzenproduktion plangerecht gewesen sei.

Bemerkenswert waren in der Berichtszeit einige Veränderungen der Agrarpolitik. Im Mai 1980 hat der Ministerrat der DDR einen Beschluß über neue ökonomische Regelungen in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft gefaßt⁷, die ab 1981 wirksam werden. Darin wird im wesentlichen festgelegt

- die Reduzierung der bisherigen Subventionen für Ersatzteile: Betriebe der Pflanzenproduktion erhalten ab 1981 nur noch die Hälfte der 1980 anfallenden Subventionen, Betriebe der Tierproduktion werden überhaupt nicht mehr subventioniert;
- eine differenzierte Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise – bei Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise – ab 1981: In der pflanzlichen Erzeugung handelt es sich vorwiegend um Preisanhebungen für Roggen, Kartoffeln und eiweißreiche Futterpflanzen, bei der Tierproduktion sind es Milch und Rindfleisch (Kälber, Mastrinder, Schlachtkühe und Färsen);
- die Aufhebung der besonderen Bevorzugung von

industriemäßigen Anlagen bei den Betrieben der Tierproduktion: Es werden hier nicht länger Vorzugspreise bezahlt. Außerdem gibt es keine Investitionszuschüsse mehr für den Aufbau solcher Anlagen;

- eine differenzierte Neuregelung der Abgaben an den Staatshaushalt: Grundsätzlich zahlen die Betriebe ab 1981 eine erhöhte Abgabe, die sich nach der Rentabilität ihrer Produktion richtet und maximal 50 vH des Gewinns erreicht.

Dabei sollen die höheren Kosten für Ersatzteile deren sparsame Verwendung fördern, die höheren Preise die Rentabilität verbessern und die erhöhten Abgaben das Äquivalent für die steigenden Subventionen sein, die zur Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise (bei steigenden Erzeugerpreisen) notwendig werden. Der Beschluß legt ausdrücklich fest, daß die strukturbeeinflussenden Maßnahmen insgesamt nicht zu zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt führen sollen.

Ein Hauptanliegen der neuesten agrarpolitischen Beschlüsse ist es, das bestehende – offenbar recht ausgeprägte – Rentabilitätsgefälle zwischen den verschiedenen Produktionsparten der Landwirtschaft abzubauen. Für die Rindfleischerzeugung könnte überdies eine gezielte Produktionsstimulierung ins Auge gefaßt sein, weil man seit langem den Anteil von Schweinefleisch reduzieren möchte. Die Beschlüsse sind auch dahin zu deuten, daß beim Aufbau einer „industriemäßigen Landwirtschaft“ eher eine Verlangsamung des Tempos angestrebt wird. Die preisliche Benachteiligung der herkömmlichen Produktion in Genossenschaften und individuellen Hauswirtschaften wird beendet. Es soll vermutlich verhindert werden, daß durch die Vorspiegelung einer höheren Rentabilität der Aufbau industriemäßiger Anlagen ökonomisch gerechtfertigt sei.

In jedem Fall wird die Landwirtschaft nach langer Schonfrist nunmehr vorsichtig an das notwendige Kosten- und Ertragsdenken herangeführt. Daß in diesem Bereich Probleme vorhanden sind, machen mehrere Äußerungen der Wirtschaftsführung in der letzten Zeit deutlich. Auf der 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1979 wurden Fragen der Landwirtschaft ausführlich behandelt. In der Direktive⁸ zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1981 – die dritte in dieser Art – wird die Landwirtschaft erstmals mit aufgeführt. Unter der üblichen Forderung nach Erschließung neuer Reserven wird postu-

⁶ Presse-Informationen. Nr. 3/1980, S. 2.

⁷ Bauernecho vom 6. Juni 1980.

⁸ Gemeinsame Direktive des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1981. Neues Deutschland vom 8. Juli 1980, S. 3.

liert, die Landwirtschaft solle ihre Verluste senken, das Verhältnis von Aufwand und Ertrag günstiger gestalten und die Zuchtergebnisse verbessern. Ohne die Subventionierung im großen Stil aufzugeben, wird man in Zukunft vermutlich kritischer und stärker unter dem Gesichtspunkt der Effizienz den hohen Zuschußbedarf dieses Sektors überprüfen.

Investitionen

Die Planung der (materiellen) Investitionen hatte für 1980 – bei verschärften Durchführungsregelungen – eine Stagnation vorgesehen und unter dem Eindruck des wachsenden Volumens unvollendeter Investitionen insbesondere den Neubeginn von Objekten reduziert. Das Ergebnis des ersten Halbjahrs – 21 Mrd. M – liegt bei den fertiggestellten Investitionen⁹ etwas unter dem Niveau der vergleichbaren Vorjahreszeit. Bei den Investitionen der Industrie wurde jedoch ein beträchtliches Wachstum von 9 vH registriert. Hier schlug vermutlich die Fertigstellung von großen Objekten zu Buch. Planung und Realisierung zeigen auch in der Berichtszeit deutlich die Konzentration der Mittel auf den Bereich der Industrie. Für alle anderen Sektoren – mit Ausnahme des Wohnungsbaus – sind Investitionsmittel knapp. Dies bedeutet, daß die notwendige Erneuerung und Erweiterung des Anlagevermögens selbst in wichtigen Bereichen der Infrastruktur – wie etwa im Verkehrswesen – hinter den Erfordernissen zurückbleibt.

Für das Bauwesen sind auf der 7. Baukonferenz¹⁰ schon längerfristige Perspektiven gegeben worden. Sie entsprechen in den Produktionszielen bis 1985 den Wachstumsraten des laufenden Fünfjahrplans, der Nachdruck liegt dabei auf Einsparungen: Die Bauzeiten sollen verkürzt und der Bauaufwand gesenkt werden. Insbesondere für den Energieverbrauch bei der Produktion von Baumaterial und bei der Bauproduktion selbst werden beträchtliche Einsparungen gefordert; zur Einschränkung des Energieverbrauchs der Haushalte soll die Wärmedämmung verbessert werden. Bei den Investitionen der Industrie will man den Bauaufwand senken und die Modernisierung in jedem Fall einer Erweiterung vorziehen. Der Wohnungsbau ist auch in diesem mittelfristigen Konzept noch „das Kernstück des sozialpolitischen Programms“. Er soll weiterhin mit Vorrang gefördert werden.

Einkommen und Verbrauch

Bei der Entwicklung des privaten Verbrauchs enthält der Halbjahresbericht die größten Erfolgsmeldungen: Danach erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz um 5,7 vH, bei Industriewaren betrug die Rate 9,3 vH und bei Nahrungs- und Genußmitteln 2,4 vH. Auch in diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß die Basis des ersten Halbjahres 1979 niedrig gewesen ist. Damals ist der Einzelhandels-

umsatz insgesamt nur um 1 vH gestiegen, und zwar wegen der Stagnation beim Handel mit Industriewaren. Darüber hinaus sind auch Preiseffekte zu verzeichnen. Neben erkennbaren Preissteigerungen trugen dazu Sortimentsverschiebungen und das langsame Vordringen der Spezialgeschäfte bei. Das Angebot in den relativ teuren Exquisit- und Delikatläden wird – den Verlautbarungen der Bezirkspresse zufolge – ausgebaut. Während die dort getätigten Umsätze nach offiziellen Zahlen im Jahr 1978 erst weniger als 2 vH am gesamten Einzelhandelsumsatz ausmachten, dürfte sich dieser Anteil inzwischen verdoppelt haben.

Eine bemerkenswerte Diskrepanz besteht allerdings zwischen der Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der Erhöhung der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung. Während der Einzelhandelsumsatz um fast 6 vH gestiegen ist, erhöhten sich die Nettogeldeinnahmen nur um 3 vH. Diese Zunahme ist außerordentlich gering; denn allein die Rentenerhöhung zum Dezember des vorigen Jahres erreichte mehr als 10 vH. Eliminiert man diese aus der Steigerung der Nettogeldeinnahmen, so errechnet sich für die Beschäftigten lediglich ein Einkommenszuwachs von reichlich 1 vH. Es gibt zwar einige Sonderfaktoren, die hier noch berücksichtigt werden können: So steigen die Jahresendprämien von Jahr zu Jahr weniger, weil in vielen Betrieben die gesetzliche Obergrenze (grundsätzlich 900 Mark) erreicht worden ist; auch wurden 1980 bisher weniger Überstunden geleistet und bezahlt als 1979. Aber auch diese Komponenten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die jüngste Einkommensentwicklung deutlich hinter der in den letzten Jahren üblichen Steigerung zurückgeblieben ist. Die Diskrepanz zur Entwicklung der Umsätze macht einmal mehr deutlich, daß weniger die Einkommensentwicklung als vielmehr das verfügbare Angebot die Verbrauchsausgaben limitiert.

Außenhandel

Da die DDR schon seit 1975 keine Einfuhr- und Ausfuhrzahlen mehr publiziert, muß diese Lücke durch Berechnungen und Schätzungen geschlossen werden. Zu Beginn des Jahres wurde an dieser Stelle eine vorläufige Übersicht über den Außenhandel 1979 gegeben. Inzwischen liegen die Partnerlandangaben für das ganze Jahr 1979 vor, so daß eine endgültige Einschätzung der Außenhandelsentwicklung für 1979 möglich ist. Eine Veränderung des vorläufigen Bildes ergibt sich im wesentlichen durch hohe Exporte in den RGW-Raum, bei kaum steigen-

⁹ Plan- und Ist-Angaben sind wegen unterschiedlicher Investitionsbegriffe (Plan: „materielle Investitionen“ = Produktion von Investitionen, einschließlich unvollendete Vorhaben; Ist: „Investitionen“ = in den betrachteten Halbjahren fertiggestellte Investitionen) nicht voll vergleichbar.

¹⁰ Vgl. Neues Deutschland vom 20. Juni 1980.

Der Außenhandel der DDR nach Ländergruppen¹⁾

	Ausfuhr			Einfuhr			Umsatz			Saldo	
	in Mrd. VM ²⁾		Zunahme in vH ³⁾	in Mrd. VM ²⁾		Zunahme in vH ³⁾	in Mrd. VM ²⁾		Zunahme in vH ³⁾	in Mrd. VM ²⁾	
	1978	1979		1978	1979		1978	1979		1978	1979
Alle Länder	46,2	52,4	13	50,7	56,4	11	96,9	108,8	12	- 4,5	- 4,0
davon:											
Sozialistische Länder	34,4	38,5	12	35,5	36,4	3	69,9	74,9	7	- 1,1	+ 2,1
dar.: RGW-Länder	32,8	36,9	13	33,9	34,7	3	66,6	71,6	7	- 1,1	+ 2,1
Westliche Industrieländer ⁴⁾	9,1	10,9	20	12,9	17,4	35	22,0	28,3	29	- 3,8	- 6,5
Entwicklungsländer	2,7	3,0	11	2,4	2,7	13	5,0	5,7	13	+ 0,3	+ 0,3

1) Zu jeweiligen Preisen; Wertstellung fob; Verkäufer- bzw. Käuferland.- 2) VM = Valuta-Mark, statistische Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR; Umrechnungskurs: 4,67 VM = 1 Transfer-Rubel (TRb1); der Umrechnungskurs zu den westlichen Währungen schwankte mit den Paritätsänderungen zwischen dem Rubel und den konvertiblen Währungen; für 1979 galt: 1 VM = 0,599 DM.- 3) Gegenüber 1978.- 4) Gruppenausweis "Kapitalistische Industrieländer".

Quellen: Berechnungen und Schätzungen des DIW anhand der Angaben in: den Planerfüllungsberichten 1978 und 1979, dem Statistischen Jahrbuch und dem Außenhandelsjahrbuch Polens, dem Statistischen Jahrbuch des RGW sowie Partnerlandangaben.

den Einfuhren aus dieser Region. Der Saldo im RGW-Handel insgesamt war damit positiv; im einzelnen besteht jedoch nach wie vor ein negativer Saldo im Handel mit der Sowjetunion. Im Westhandel entstand ein Rekorddefizit von 6,5 Mrd. Valuta-Mark.

Für das erste Halbjahr 1980 liegen erst wenige Angaben vor. Der Planerfüllungsbericht nennt einen Zuwachs von 16 vH für die Ausfuhr; darunter eine Steigerung von 38 vH bei den Entwicklungsländern und von mehr als einem Drittel bei den westlichen Industrieländern. Der Außenhandelsumsatz mit der Sowjetunion erhöhte sich um 14 vH.

Die bisher vorliegenden Partnerlandangaben zeigen große Unterschiede bei den einzelnen Ländern und Ländergruppen. Die sowjetische Statistik gibt an, daß sich die Ausfuhr in die DDR im 1. Quartal 1980 um mehr als ein Viertel erhöht hat, die Einfuhr aus der DDR lediglich um 10 vH. Im Warenaustausch mit den anderen RGW-Ländern dürfte tendenziell die Ausfuhr der DDR stärker als die Einfuhr gestiegen sein; es gibt auch Hinweise auf Rückstände bei den vertraglich festgesetzten Lieferungen der Partner im RGW-Raum. Im Handel mit den westlichen Industrieländern sind die Zuwachsraten bei Einfuhr und Ausfuhr enorm, das gleiche gilt für den innerdeutschen Handel (Bezüge der DDR: + 30 vH; Lieferungen der DDR: mehr als 40 vH; jeweils Januar bis April). Bei den Bezügen der DDR geht allerdings fast die gesamte Zunahme auf das Konto von Preissteigerungen; bei den Lieferungen gab es Preiserhöhungen von rund 15 vH.

Die Erläuterungen im Planerfüllungsbericht deuten darauf hin, daß die Außenhandelsentwicklung nicht ganz dem entspricht, was in den Plänen ursprünglich vorgesehen war: Vermutlich wollte man mit einer gewaltigen Exportanstrengung die Basis für den kommenden Fünfjahrplan entscheidend verbessern.

Ausblick

Planung und Realisierung im letzten Jahr des laufenden Fünfjahrplans zeigen, daß die Wirtschaft der DDR nunmehr in ihrer Entwicklung veränderten Konzeptionen folgt. Die Dominanz des Außenhandels wird immer deutlicher, alle anderen Verwendungsbereiche treten im Zuwachs weit dahinter zurück. Im bisher abgelaufenen Fünfjahrplanzeitraum ist es der DDR gelungen, Export und Import – bezieht man alle Jahreswerte in die Betrachtung ein – nominal in etwa gleichem Umfang zu steigern, das bedeutet, daß real die Steigerung der Exporte größer als die der Importe gewesen ist. Diese beachtliche Entwicklung hat allerdings die Außenhandelsprobleme nicht entscheidend entschärft. Im Handel mit der Sowjetunion ist nun schon seit 1975 die Handelsbilanz im Defizit. Im Westhandel ist der kumulierte Passivsaldo 1979 wieder beträchtlich gestiegen; die steigende Zinsbelastung dürfte künftig zu einer vorsichtigeren Einfuhrpolitik führen.

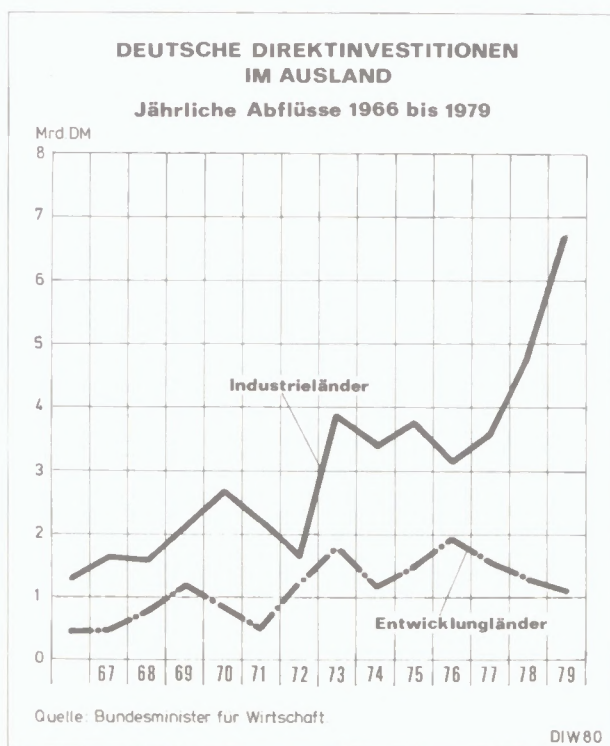
Die Produktion ist trotz aller Restriktionen, die sich aus Einsparungen beim Materialeinsatz, knappen Investitionsmitteln und lückenhaftem Angebot für die Bevölkerung ergeben haben, bislang noch in bemerkenswertem Ausmaß gewachsen. Die restriktive Veröffentlichungspraxis der DDR erschwert zwar eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung außerordentlich; es ist indes nicht zu verkennen, daß sich die Abschwächung des Wachstums schon seit dem zweiten Halbjahr 1979 nicht fortgesetzt hat. Erste Erfolge der Kombinatbildung dürften also durchaus zu verzeichnen sein. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob es sich hierbei nicht nur um eine einmalige Niveauanhebung handelt. Ungewiß ist auch, ob die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung angesichts der Versorgungs- und Außenhandelsprobleme im bisherigen Umfang erhalten werden kann.

Zur Stagnation der deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

1979 haben die gesamten jährlichen deutschen Direktinvestitionen im Ausland mit 7,8 Mrd. DM einen neuen Rekord erreicht. Die Entwicklungsländer haben vom verstärkten Auslandsengagement deutscher Unternehmen nicht profitieren können. Vielmehr sind die Direktinvestitionen dort in den letzten drei Jahren laufend zurückgegangen, im vergangenen Jahr waren es nur noch 1,1 Mrd. DM und damit weniger als 1972. Es verspricht keinen Erfolg, diesen Trend durch eine Aufstockung der Subventionierung nach gegenwärtigem Muster stoppen zu wollen. Unter entwicklungspolitischem Aspekt ist es um so wichtiger, die Förderung deutscher Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern so umzugestalten, daß sich möglichst nur die positiven Wirkungen von Direktinvestitionen in der Dritten Welt entfalten.

Steigerung der Direktinvestitionen vor allem in Industrieländern

Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland sind — mit kurzer Unterbrechung — vor allem seit 1973 stark gestiegen (zu jeweiligen Preisen 1972: 3 Mrd. DM, 1979: 8 Mrd. DM¹). Bei manchen Ländern hat dazu sicherlich beigetragen, daß die



Aufwertung der D-Mark den Erwerb von Anlagevermögen dort erheblich verbilligt² und als Alternative zu Warenexporten — wegen deren gleichzeitiger Verteuerung — attraktiver gemacht hat³. In einigen Fällen hat der Export zudem ein Volumen erreicht, das eine marktnähere Produktion bei gleichzeitig niedrigeren Lohnstückkosten rentabel werden läßt. Doch auch andere Entwicklungen der Weltwirtschaft haben den Anreiz für Direktinvestitionen im Ausland gesteigert, vor allem die zunehmenden protektioni-

stischen Tendenzen und die Möglichkeiten transnationaler Unternehmen, bewertungs- und steuerbedingte Zusatzgewinne zu erzielen.

Im letzten Jahr war der Zuwachs mit 29 vH spektakulär. Die Entwicklungsländer haben daran jedoch nicht teilgenommen. Im Gegenteil: Die dort platzierten Mittel gingen gegenüber dem Vorjahr sogar um 14 vH auf 1,1 Mrd. DM zurück. Davon waren OPEC- und Nicht-OPEC-Länder gleichermaßen betroffen. Schon in den vorangegangenen Jahren war die jährliche Direktinvestitionssumme in der Dritten Welt gesunken, so daß der Entwicklungsländeranteil an den laufenden Direktinvestitionen seit 1976 von 38 vH auf nur noch 14 vH zurückging.

Konzentration auf wenige Länder in der Dritten Welt . . .

Vier Fünftel der Direktinvestitionsbestände⁴ deutscher Anleger in Entwicklungsländern⁵ sind auf nur zehn Staaten verteilt. Allein auf Brasilien und Spanien entfällt mehr als die Hälfte. Die Spitzengruppe bilden ausnahmslos Schwellenländer⁶ und OPEC-Staaten, erst an 13. und 14. Stelle erscheinen Län-

¹ Bundesministerium für Wirtschaft: Runderlaß Außenwirtschaft 10/1980 und vorausgegangene Jahrgänge.

² Z. B. bleibt für die USA nach Abzug der Divergenzen in der Preisentwicklung (Großhandelspreise) von 1970 bis 1979 ein Kaufkraftgewinn der D-Mark von 44 vH (Brasilien 51 vH, Israel 45 vH).

³ Die umgekehrten Effekte beim Retransfer dürfen vor allem bei den auf Marktsicherung gerichteten Investitionen vernachlässigt werden.

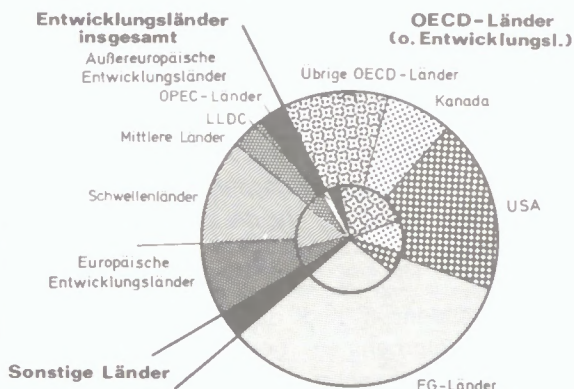
⁴ Kumulierte Nettoleistungen zu jeweiligen Preisen seit 1952, ohne reinvestierte Gewinne.

⁵ Ohne Niederländische Antillen und Panama, die im folgenden wegen des Kapitalstroms in die dort ansässigen Holdinggesellschaften zu den „sonstigen Ländern“ gezählt werden.

⁶ Hierzu werden in dieser Arbeit die südeuropäischen Entwicklungsländer (Griechenland, Jugoslawien, Malta, Portugal, Spanien, Türkei) sowie jene Länder gezählt, die 1976 ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 1 000 US-\$ und einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von mindestens 20 vH aufwiesen (Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Israel, Mexiko, Singapur, Taiwan, Uruguay) sowie Südkorea.

**DEUTSCHE DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND
BESTAND 1965 und 1979¹⁾**

1965 (kleiner Kreis) = 8,3 Mrd DM
1979 (großer Kreis) = 66,0 Mrd DM



¹⁾ Kumulierte Nettoleistungen zu jeweiligen Preisen seit 1952, ohne reinvestierte Gewinne

Quellen: Bundesminister für Wirtschaft; Berechnungen des DIW

DIW 80

der mit mittlerem Entwicklungsstand (Ägypten und Indien). Für deutsche Investoren sind damit offenkundig primär Volkswirtschaften mit relativ aussichtsreichem Binnenmarkt und fortgeschrittener gesamtwirtschaftlicher Entwicklung interessant. Gegenwärtig verteilt sich der Bestand an Direktinvestitionen auf die einzelnen Gruppen der Entwicklungsländer wie folgt:

Schwellenländer	77 vH
darunter in Europa	31 vH
OPEC-Länder	11 vH
Länder auf mittlerem Entwicklungsniveau	11 vH
Am wenigsten entwickelte Länder (LLDC)	1 vH

Berücksichtigt man auch die unterschiedliche Bevölkerungszahl in den Anlageländern, so wird die ungleiche Verteilung noch deutlicher: 1977 entfielen auf jeden Einwohner der südeuropäischen Entwicklungsländer fast 40 DM an deutschen Direktinvestitionen, in den außereuropäischen Schwellenländern waren es noch 23 DM, in den mittleren und ärmsten Ländern der dritten Welt aber nur DM 1,30.

Beim Zustandekommen dieses Verteilungsmusters gab es seit 1965 Phasen mit deutlich unterschiedlichen Schwerpunkten: Von 1965 bis 1970 entfielen 72 vH der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern auf Schwellenländer, davon 41 Punkte auf die außereuropäischen Länder, vor allem in Lateinamerika. In den folgenden fünf Jahren partizipierten die Schwellenländer sogar mit 85 vH, aber 50 Punkte davon gingen in die europäischen Entwicklungsländer, die alle (außer Türkei) hohe Zuwachsraten erzielten. Am attraktivsten war dabei Spanien; dort wurde der Bestand der deutschen Direktinvestitionen von 1965 bis 1970 verdreifacht, von 1970 bis 1975 sogar vervierfacht. In den letzten Jahren kehrte sich

**Direktinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland
in ausgewählten Entwicklungsländern**

Land	Bestand in Mill. DM	Durchschn. jährl. Zuwachs ¹⁾ in vH	
	Ende 1979	1971-76	1977-79
Alle Entwicklungsländer	18 065	14,8	8,3
darunter:			
Brasilien	4 996	15,3	13,1
Spanien ²⁾	4 152	24,9	3,7
Mexiko	800	9,3	16,0
Argentinien	729	4,0	7,9
Israel	609	70,1	6,2
Iran	540	24,4	16,9
Portugal	461	30,8	3,5
Griechenland	363	17,9	5,3
Libyen	361	- 4,5	2,6
Algerien	236	20,4	14,3
Singapur	226	75,9	17,3
Nigeria	230	35,0	8,1
Ägypten	196	35,9	15,9
Indien	179	0,9	0,0

1) Nominal.- 2) Einschl. Kanarische Inseln.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft 10/1980 u. vorausgegangene Jahrgänge.

dann die Verteilung wieder um; in Spanien, aber auch in Portugal und Griechenland, wurden die Investitionsbestände nur noch wenig aufgestockt. Bei Spanien spielten dabei Sonderfaktoren eine Rolle: Der Ausbau der Touristikindustrie war abgeschlossen und wurde steuerlich (von der Bundesrepublik) auch nicht mehr gefördert. Einen um so größeren Anteil hatten 1976 bis 1979 die Direktinvestitionen in Lateinamerika, vor allem in Brasilien und Mexiko. Alle außereuropäischen Schwellenländer nahmen in dieser Periode drei Fünftel der deutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt auf.

. . . und wenige Wirtschaftszweige

Zwei Fünftel des Bestandes an Direktinvestitionen in Entwicklungsländern konzentrierten sich Ende 1979 auf nur drei Industriezweige, nämlich die Automobilindustrie, die chemische und die elektrotechnische Industrie. Im Inland entfielen auf diese Bereiche von 1970 bis 1977 nur 11 vH der vergleichbaren Anlageinvestitionen⁷. Überhaupt wird das Feld der deutschen Direktinvestitionen von der Industrie beherrscht; Bauwirtschaft, Handel, Verkehr und

⁷ Ohne Bauinvestitionen des Staates und der Wohnungswirtschaft, die für Auslandsinvestitionen naturgemäß nicht zur Disposition stehen.

Verteilung der deutschen Direktinvestitionen¹⁾ auf Entwicklungsländergruppen
in vH

	Entwicklungs- länder insgesamt	Europäische Entwicklungs- länder	Außereuropäische Entwicklungsländer ohne OPEC				OPEC- Länder
			Insgesamt	Schwellen- länder	Mittlere Länder	LLDC	
1966 bis 1970	100	31,3	50,7	40,7	8,8	1,2	18,0
1971 bis 1975	100	50,1	43,8	34,9	8,1	0,8	6,0
1976 bis 1979	100	14,3	71,6	60,0	10,8	0,8	14,1

1) Berechnet als Bestandsveränderung.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft 10/1980 u. vorausgegangene Jahrgänge. Berechnungen des DIW.

Dienstleistungen sind hier von geringerer Bedeutung als beim inländischen Investitionsgeschehen. Seit 1971 haben allerdings die Dienstleistungszweige erheblich aufgeholt, ihr Anteil stieg bis Ende 1979 von 12 auf 23 vH.

Bei einigen Branchen konzentrieren sich die Auslandsinvestitionen zunehmend auf Entwicklungsländer. Dabei spielen einmal natürliche Faktoren eine Rolle. Ein Beispiel sind die rohstoffnahen Investitionen des Erzbergbaus. Andere Gründe sind günstige Produktionskosten oder für das Produkt besonders aufnahmefähige Märkte. Das Paradebeispiel sind die Investitionen der Elektroindustrie in großen Entwicklungsländern wie Brasilien. 30 vH der Direktinvestitionen dieses Industriezweiges wurden bis 1979 in Entwicklungsländern getätigt, bis 1971 waren es erst 25 vH; der Bestand stieg auf das Dreifache.

Die Schwerpunkte der deutschen Investitionen werden besonders deutlich, wenn man den Branchen mit dem Regionalaspekt verknüpft. Die großen Investitionen wurden von wenigen Branchen in wenigen Ländern vorgenommen. Die Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank erlaubt einen genaueren Einblick⁸. Danach sind bis 1976 zwei Fünftel aller Direktinvestitionen, soweit sie in Entwicklungsländern vorgenommen wurden, von nur vier Industriezweigen – nämlich Straßenfahrzeugbau, chemische Industrie, Elektrotechnik, Maschinenbau – auf 11 Schwellenländer verteilt worden. Beim gesamten verarbeitenden Gewerbe liegt der Anteil der Schwellenländer mit vier Fünfteln noch höher. Einige Branchen investierten, wenn überhaupt in Entwicklungsländern, dann bisher fast ausschließlich in den fortgeschrittensten. Dazu gehören vor allem die Metallurgie, der Maschinenbau, die Kunststoff- und Gummiverarbeitung sowie die Autoindustrie mit jeweils weit über 90 vH Schwellenländer-Anteil.

Die chemische Industrie investiert auch in weniger entwickelten Ländern der Dritten Welt in beacht-

lichem Umfang, der Schwellenländer-Anteil liegt hier nur bei 64 vH, die OPEC-Länder nehmen ein Zehntel auf, das restliche Viertel ging in die übrigen Entwicklungsländer, hauptsächlich in jene mit mittlerem Einkommen. Die beiden übrigen Industriezweige mit niedriger Schwellenländerkonzentration investieren stark rohstofforientiert: der Bergbau (einschließlich Ölgewinnung) und die Mineralölverarbeitung. Hier ist erwartungsgemäß der OPEC-Anteil mit 62 bzw. 46 vH besonders hoch.

Diesen Unterschieden in der Verteilung der Direktinvestitionen entspricht eine grundlegend verschiedene Branchenstruktur des deutschen Investitionsbestandes in den Schwellenländern, den OPEC-Ländern und den restlichen Entwicklungsländern. In den europäischen und außereuropäischen Schwellenländern zusammengenommen finden sich die Direktinvestitionen ausschließlich im verarbeitenden Gewerbe und im tertiären Sektor, davon vier Fünftel im erstgenannten Schwerpunkt (Entwicklungsländerdurchschnitt: zwei Drittel). Die OPEC-Länder haben einen hohen Anteil der bei ihnen angelegten Mittel, nämlich ein Drittel, von Unternehmen des Bergbausektors (einschließlich Erdöl- und Erdgasgewinnung) bezogen. Auch die Bedeutung des Baugewerbes ist mit 17 vH ungewöhnlich hoch. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes ist hier nur halb so groß wie in den Schwellenländern. In den ärmeren und ärmsten Entwicklungsländern weicht die Branchenstruktur der deutschen Direktinvestitionen ebenfalls weit von derjeni-

⁸ Vgl. Die Auslandsverflechtung der Unternehmen Ende 1977. In: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 4/1980, S. 22–35, sowie den Vorgängerbericht (Monatsbericht 4/1979). Die hier vorgestellten Ergebnisse beruhen auf weiteren unveröffentlichten Daten für 1976, welche die Bundesbank freundlicherweise zur Verfügung stellte. Zur ausführlichen Analyse dieser Statistiken vgl.: S. Schultz, D. Schumacher, H. Wilkens: Wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern, Baden-Baden 1980 (Veröffentlichung in Vorbereitung).

**Branchenstruktur der Direktinvestitionen
der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern
Bestand¹⁾ Ende 1979**

Wirtschaftsbereich	in Mill. DM	Struktur in vH	Index 1976=100
Landwirtschaft usw.	118,5	0,7	122
Bergbau u. Energiewirtsch.	1 383,1	7,7	138
darunter:			
Erdöl- u. Erdgasgewinnung	1 085,3	6,0	128
Erzbergbau	242,1	1,3	190
Grundstoffe	5 174,4	28,6	122
darunter:			
Metallurgie	1 003,7	5,6	137
Chemie ²⁾	3 523,2	19,5	121
Mineralölverarbeitung	452,1	2,5	113
Holzbearb., Zellstoff-, Papierherzeugung	109,2	0,6	99
Investitionsgüter	5 404,5	29,9	145
davon:			
Maschinenbau	1 386,6	7,7	148
Fahrzeugbau	1 651,5	9,1	142
Elektrotech., Elektronik	2 021,3	11,2	141
Feinmech., Optik, Uhren	91,8	0,5	164
Metallwaren, Stahlbau	253,3	1,4	187
Verbrauchsgüter	709,7	3,9	148
darunter:			
Glas, Porzellan, Keramik	136,1	0,8	299
Papier-, Pappeverarb., Druck.	123,3	0,7	229
Textilien	198,5	1,1	132
Bekleidung	47,3	0,3	142
Leder und Schuhe	116,7	0,6	110
Nahrungs-, Genuß-, Futtermittel	387,2	2,1	101
Bauwirtschaft	150,6	0,8	112
Handel und Verkehr	643,1	3,6	110
Dienstleistungen	4 094,0	22,7	115
Gesamte Wirtschaft	18 065,1	100,0	127

1) Kumulierte Nettokapitalleistungen zu jeweiligen Preisen seit 1952.- 2) Einschl. Gummi- und Kunststoffverarbeitung.
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft 10/1980 u. vorausgegangene Jahrgänge.

gen in den Schwellenländern ab. Ebenso wie bei den OPEC-Ländern ist hier das Gesamtvolumen gering. Deshalb schlagen Besonderheiten strukturell stark zu Buche. So haben hier die Direktinvestitionsbestände von deutschen Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich einen Anteil von fast der Hälfte. Dabei spielen vor allem die Transaktionen der Beteiligungsgesellschaften eine Rolle, doch auch die Investitionen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes sind in dieser Ländergruppe relativ wichtig. Ebenfalls wirken sich schon wenige Investitionsobjekte des Bergbaus stark auf die Gesamtstatistik aus und führen zu einem Anteil von 16 vH am unmittelbaren deutschen Beteiligungsvermögen in diesen Ländern.

Gründe für zögernde Entwicklung

Direktinvestitionen bundesdeutscher Unternehmen in Entwicklungsländern werden aus öffentlichen Mitteln gefördert⁹. Diese Förderung erstreckt sich

**Konzentration des Bestandes industrieller
Direktinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland
in Entwicklungsländern auf die Schwellenländer
Ende 1976**

Wirtschaftszweig	Anteil der Schwellen- länder in vH
Eisen- und Stahlerzeugung ¹⁾	97,1
Maschinenbau	96,8
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	95,2
Straßenfahrzeugbau	93,5
Steine-, Erden-, Feinkeramik-, Glasindustrien	89,2
Feinmechanik, Optik, EBM-Industrie ²⁾	88,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ³⁾	74,1
Chemische Industrie	64,4
Mineralölverarbeitung	51,2
Bergbau ⁴⁾	2,2

1) Einschl. Stahlverformung.- 2) Einschl. Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren.- 3) Ohne Tabakverarbeitung.- 4) Einschl. Mineralölgewinnung.
Quelle: Angaben der Deutschen Bundesbank.

sowohl auf die Finanzierung¹⁰ als auch auf die Minderung des Risikos¹¹ sowie auf die organisatorische und technische Erleichterung¹² des Engagements in Entwicklungsländern. Das wichtigste Instrument ist das Entwicklungsländer-Steuer-gesetz. Die Steuerausfälle aufgrund dieses Gesetzes (für Stundung der Einkommen- und Körperschaft- sowie der Vermögensteuer) schätzt die Bundesregierung für 1979 auf 311 Mill. DM, das sind 27 vH mehr als noch 1977. Trotzdem haben die jährlichen Direktinvestitionsströme abgenommen.

Die Vermutung, daß derartige Hilfen überwiegend „mitgenommen“ werden, die Investitionsentscheidung aber nicht wesentlich beeinflussen, wird durch Umfragen bei den Investoren bestätigt¹³.

Die Entwicklung von Wechselkursen und Preisen liefert in diesem Zusammenhang keine Erklärung. Im Gegenteil: Der reale Außenwert der D-Mark¹⁴

⁹ Einen Überblick gibt: Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer. Hrsg.: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1980.

¹⁰ Über Beteiligungen, Kredite und steuerliche Vorzugsbehandlung.

¹¹ Durch Bundesgarantien, Beteiligungen des Staates und völkerrechtliche Sicherung (Investitionsförderungsverträge).

¹² Durch gemischte Handelskammern, über die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, industrielle Kooperation, Technologieberatung.

¹³ Vgl.: Keschull u. a.: Deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, Baden-Baden 1980, S. 156. Ebenso auch: Ifo-Schnelldienst 6/1979, Bild der Woche: Warum investiert die Industrie im Ausland?

¹⁴ Zusammengefaßtes Ergebnis der Wechselkursaufwertung und der Divergenz zwischen der Preisentwicklung (soweit möglich Großhandelspreise) im Ausland und in der Bundesrepublik. Ein Teil der D-Mark-Aufwertung war durch

**Struktur des Bestandes an Direktinvestitionen
der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländern
1976 nach Ländergruppen und Wirtschaftsbereichen
in vH**

Wirtschaftsbereich	Alle Entwick- lungs- länder	Schwellen- länder	Übrige Länder ohne OPEC	OPEC- Länder
Bergbau	8	0	16	32
Verarbeitendes Gewerbe	64	79	37	38
Baugewerbe	3	0	0	17
Handel, Verkehr, son- stige Dienstleistungen	25	21	47	13
Alle Bereiche	100	100	100	100

Quellen: Angaben der Deutschen Bundesbank; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

stieg gegenüber den Entwicklungsländern im Durchschnitt fast doppelt so rasch wie gegenüber den Industrieländern. Gegenüber den elf Industrieländern, in die bis 1979 die meisten deutschen Direktinvestitionen geflossen waren¹⁵, gewann die D-Mark von 1970 bis 1979 knapp 16 vH an Kaufkraft hinzu. Gegenüber den 15 wichtigsten Entwicklungsländern¹⁶ steigerte sie ihren Wert jedoch um 28 vH. Wenn auch aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraftentwicklung das reale Engagement in Entwicklungsländern höher war als es in den DM-Werten zum Ausdruck kommt, so hätte man dennoch unter diesem Aspekt eine stärkere Bevorzugung dieser Ländergruppe erwarten können.

Die Entwicklung nach einzelnen Wirtschaftszweigen bietet nur für wenige Branchen Anhaltspunkte zur Erklärung des rückläufigen Trends. So war der Zuwachs im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie beim Erwerb von Ferienwohnungen zu Beginn der siebziger Jahre besonders groß gewesen, so daß hier zeitweilige Sättigungstendenzen nicht auszuschließen sind. Die schwache Entwicklung erstreckte sich aber auch auf zahlreiche Industriebereiche. Hier kann angesichts des enormen Nachholbedarfs in der Dritten Welt von Sättigung natürlich nicht die Rede sein.

Daß die Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sich trotz Intensivierung der Förderung, günstigerer Wechselkursentwicklung sowie fortbestehender Lohnkostenvorteile und Marktchancen zurückgebildet haben, erklärt sich wohl hauptsächlich aus gestiegenen Länderrisiken. Einen Hinweis auf die Relevanz länderspezifischer Risikoeinschätzungen gibt die regionale Verteilung der laufenden Direktinvestitionen, wenn auch eine eindeutige Zuordnung von Ursache und Wirkung nicht möglich ist: Die latein-

amerikanischen Schwellenländer waren von der Abnahme der Direktinvestitionen seit 1976 nicht betroffen. Die Neuanlagen entfernten sich kaum wesentlich vom längerfristigen Trend. Ebenso ist auch in Südeuropa kein Rückgang festzustellen¹⁷, wenn man die Hotel- und Gaststätteninvestitionen in Spanien ausklammert. Der Rückgang ging vielmehr voll zu Lasten der übrigen Entwicklungsländer (einschließlich der OPEC-Staaten). Während die deutschen Direktinvestitionen dort 1976 noch rund 900 Mill. DM betragen (54 vH aller deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern), waren es 1979 nur noch 310 Mill. DM (26 vH).

Offenbar schätzen die Investoren die Gefährdung ihrer Anlagen in den armen und ärmsten Ländern der Welt seit Mitte der siebziger Jahre höher ein als früher. Zum einen führt die Möglichkeit sozialer und politischer Unruhen zur Unsicherheit des Investitionskalküls, zum anderen sind die technologischen und organisatorischen Probleme hier besonders gravierend, so daß diese Länder mit den zunehmenden Ansprüchen des Weltmarktes oft nicht Schritt halten können. Offenbar sind den Investoren gerade diese Probleme in den letzten Jahren stärker zum Bewußtsein gekommen. Die jüngsten weltwirtschaftlichen Trends im Gefolge der Ereignisse in Iran, Afghanistan und Südkorea spiegeln sich in den Zahlen noch nicht einmal wider. Derartige Risiken lassen sich auch durch Garantiemechanismen kaum befriedigend versichern, denn die Verluste an nicht-materiellen Leistungen sind nicht zu quantifizieren.

Reform der Förderung notwendig

Bei der Bewertung des Rückgangs der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist freilich auch zu berücksichtigen, daß von diesen nicht nur positive Wirkungen ausgehen¹⁸. In vielen Fällen besteht sogar die Gefahr, daß die entwicklungspolitisch abträglichen Wirkungen von Direktinvestitionen überwiegen, z. B. wegen zu hoher Kapitalintensität (unangepaßte Technologie), Entzugs von Ressourcen zur

die im Ausland stärkere Inflation bedingt; in der Regel blieb jedoch in den siebziger Jahren ein Rest, der dazu führte, daß sich der Kauf von ausländischen Sachvermögen für bundesdeutsche Investoren verbilligte. Bei der Berechnung wird das geometrische Mittel verwendet – die auch von der Deutschen Bundesbank angewandte Methode. Gewichtet wird mit den Beständen an deutschen Direktinvestitionen am Jahresende 1970. Quelle: IMF: International Financial Statistics, verschiedene Jahrgänge.

¹⁵ Repräsentationsgrad 1979: 97 vH.

¹⁶ Ebenfalls nach ihrer Bedeutung für die deutschen Direktinvestitionen ausgewählt, Repräsentationsgrad 1979: 84 vH.

¹⁷ Eine Ausnahme, die geeignet ist, die Risikothese zu stützen, ist die Türkei, in der Direktinvestitionsbestände abgebaut wurden.

¹⁸ Eine Übersicht der Argumente geben Keschull u. a.: a.a.O., S. 47 ff.

Befriedigung von Grundbedürfnissen (z. B. Landflucht), Verdrängung einheimischer Produzenten von Kapital- und Absatzmärkten, Verschärfung sozialer Gegensätze und Stützung repressiver Regimes. Auswahl und Kontrolle sollten sicherstellen, daß nur solche Investitionsprojekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die entwicklungspolitisch sinnvoll zu sein versprechen¹⁹. Positiv zu bewerten sind dabei der Produktions- und Einkommensimpuls, vermehrte Beschäftigung, Technologietransfer, Ausbildung heimischer Arbeitskräfte und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Eine zukünftige Förderungspolitik der Bundesrepublik sollte auf folgenden Überlegungen aufgebaut werden:

- Eine Aufstockung des gegenwärtigen Förderungsvolumens wird den Trend rückläufiger westdeutscher Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern auf kürzere Sicht nicht umkehren, sollten nicht realitätsferne Subventionsbeträge eingesetzt werden. Die Investitionsentscheidungen der wichtigsten Anleger hängen zu wenig von den staatlichen Hilfen ab, und mangelndes Vertrauen ist schwer zu überwinden. Hier stellen sich Aufgaben für die gesamte Außen- und Entwicklungspolitik.
- Daß der Erfolg der bisherigen Förderung zu wünschen übrig läßt, ist aber auch darauf zurückzuführen, daß der allergrößte Teil der Investitionen von Großunternehmen durchgeführt wird, auf deren Entscheidung Subventionen bzw. Steuervergünstigungen keinen merklichen Einfluß haben. Gerade diese Investoren sind grundsätzlich selbst in der Lage, gewinnträchtige Vorhaben auch in Entwicklungsländern zu erkunden und durchzuführen. Will man überhaupt nennenswerte Wirkungen erzielen — sie wären weitgehend frei von Mitnahmeeffekten — so muß das Förderangebot vor allem auf die Bedürfnisse der mittelgroßen Unternehmen zugeschnitten werden. Ihren Engagements stehen besondere Hemmnisse entgegen, die von der Informationsbeschaffung über die Wahl lokaler Partner, die rechtliche und administrative Abwicklung bis zur Finanzierung reichen.

Hier ansetzend sollten sowohl die finanziellen Beteiligungen erleichtert als auch mehr und bessere technische Hilfen sowie erfahrene Berater zum Aufbau des Auslandsbetriebes bereitgestellt werden. Es ist erwägenswert, Teile dieser Leistungen im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit zu erbringen — ein Vorgehen analog dem Konzept der Mischfinanzierung auf dem Sektor der Finanziellen Zusammenarbeit, bei der öffentliche Mittel zur Erleichterung privater Kapitalströme eingesetzt werden.

- Den entwicklungspolitischen Zielen könnte man näher kommen, wenn die Förderung davon abhängig gemacht würde, daß die Investoren bestimmte positive sozio-ökonomische Wirkungen ihrer Projekte im Anlageland nachweisen. Soweit diese sich erst im laufenden Betrieb entfalten, müßte die Verwendungskontrolle über die Fertigstellung des Investitionsprojekts hinausgreifen. Diese Regelung würde dem heutigen Evaluierungs- und Kontrollverfahren für Entwicklungshilfeprojekte entsprechen.
- Zur weitgehenden Verhinderung negativer Wirkungen sollte die Förderung an die Zusage des Unternehmens geknüpft werden, den — noch unverbindlichen — Verhaltenskodex der OECD für multinationale Unternehmen einzuhalten.

Die Reform des Förderungsinstrumentariums sollte somit drei Ziele verfolgen: Die eingesetzten öffentlichen Mittel müssen größere Wirkung zeigen, sie sollten die Bindung an entwicklungspolitische Ziele stärken und dazu beitragen, daß deutsche Unternehmen im Ausland — im Interesse langfristig guter Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Dritten Welt — internationale Verhaltensregeln einhalten.

¹⁹ Vgl. Überlegungen zu einer entwicklungspolitisch orientierten Förderung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Bearb.: Dieter Schumacher. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 46/1972, S. 397 ff.